

## Vorwort

*Der Runde Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* wird vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. in Kooperation mit dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie in München und der Hochschule für angewandte Wissenschaften München durchgeführt. Der Runde Tisch versammelt VertreterInnen von großen und kleinen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Ministerien, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen in Bayern. Diskutiert werden verschiedene Ansätze sowie die wichtigsten Instrumente zur Förderung gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen. Ausgangspunkt der Debatte sind sowohl Erwartungen von unterschiedlichen Anspruchsgruppen an Unternehmen als auch gute Initiativen und Erfahrungen einzelner Unternehmen oder Branchen, die die Richtung für zukünftiges verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln aufzeigen. *Der Runde Tisch Bayern Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* hat sich seit 2006 als kontinuierliche Plattform zur Beförderung des Dialogs über die weitere Entwicklung im Bereich Sozial- und Umweltstandards etabliert.

Die breite Beteiligung von Unternehmen, Politikern und Nichtregierungsorganisationen am Runden Tisch ist ein Indiz dafür, wie wichtig eine gemeinsame Verständigung in diesem Themenfeld ist. Mit eigenen Beiträgen zu Gast waren in den vergangenen Jahren u.a. folgende Unternehmen und Verbände: Allianz, BMW, Deuter Sport, Faber-Castell, Fenix Outdoor, Freudenberg, GLS-Bank, HempAge, Hess Natur, HypoVereinsbank, IHK Mittelfranken, IHK Oberbayern, memo, Metro, Puma, rk-Textil, Tchibo, TÜV-Rheinland, Verband der bayerischen Textil- und Modeindustrie, Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sowie der Autozulieferer ZF am Standort Schweinfurt.

Mit der vorliegenden Publikation werden insbesondere die Ergebnisse des 9. „Runden Tisches Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“, der am 5. Dezember 2014 im bayerischen Sozialministerium in München durchgeführt wurde, einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert.

Diese erweiterte Tagungsdokumentation wurde zusätzlich um einige aktuelle Beiträge ergänzt. Allen Beiträgen gemeinsam ist die Überzeugung, dass Globalisierung der aktiven politischen Gestaltung bedarf, um zu einer sozial gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Entwicklung zu gelangen. In der globalisierten Welt problematisch sind dabei die immer noch zahlreichen und eklatanten Verstöße vieler Unternehmen gegen Sozial- und Umweltstandards.

Trotz teilweise skandalöser Vorkommnisse z.B. im Kontext einer fehlenden Entschädigung für ArbeiterInnen in abgebrannten oder zusammengefallenen Fabriken in Pakistan oder Bangladesch trauen sich immer noch PolitikerInnen und auch Wirtschaftsverbände (in Bayern: insbesondere die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.), freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen als den zielführenden Weg für die Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen zu preisen. Solche freiwilligen Selbstverpflichtungen können sicherlich ein erster Impuls zur Verbesserung der Situation sein. Doch schon allein die Unübersichtlichkeit verschiedenster Bekenntnisse, Leit- oder Richtlinien, Verhaltensregeln, branchenweiter und auch branchenübergreifender Initiativen ist ein Indiz für die Grenzen solcher Selbstverpflichtungen. Die Vielzahl freiwilliger Regelwerke erinnert eher an einen Flickenteppich als an eine auch von Unternehmen erstrebte verlässliche Handlungsrundlage.

Bemerkenswert auch die Stellungnahmen von Wirtschaftsverbänden zu Sozial- und Umweltstandards. Immer wieder wird auf „Corporate Social Responsibility“ (CSR) ausgewichen, Freiwilligkeit betont und dann über die Förderung von Ausbildung, Kultur, Sport, Freiräume für ehrenamtliche Tätigkeiten, Maßnahmen für Mitarbeitergesundheit und Chancengleichheit berichtet. Vergleiche hierzu u.a. auch die Darstellung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. unter [www.wirtschaft-weiss-blau.de](http://www.wirtschaft-weiss-blau.de). Diese Art von CSR aber blendet den entscheidenden Punkt verbindlicher Sozial- und Umweltstandards in der globalen Lieferkette aus. Wirtschaftsverbände, Unternehmen, zuständige Ministerien und auch PolitikerInnen entziehen sich auf diese Weise ihrer Verantwortung für die globale Lieferkette. Es wirkt oft so, als würde das Schlagwort CSR benutzt, um Sozial- und Umweltstandards in der globalen Lieferkette nicht ansprechen zu müssen. Das ist kollektives Institutionenversagen. Mit einer „wertebezogenen“ Politik hat diese Art von menschenrechtsvergessener Politik zudem wenig zu tun.

Berichte von Unternehmen über ihre globale Verantwortung und über Aktivitäten zur Umsetzung eigener Richtlinien sind zudem oftmals nur als PR-

Gag zu verstehen. „Bei vielen Unternehmen sind die Nachhaltigkeitsvorschriften das Papier nicht wert, auf dem sie stehen“, erzählt ein Branchenkenner. Manche reden sogar von „organisierter Kriminalität“.<sup>1</sup>

Der Staat ist bekanntlich für die wirtschaftliche Rahmenordnung zuständig. Werden Unternehmen, die sich um die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards in der eigenen globalen Lieferkette bemühen, von der aktuellen Rahmenordnung aber vor Mitbewerbern geschützt, die sich nicht um solche Standards kümmern (wollen)?

Sofern keine verbindliche, an Sozial- und Umweltstandards orientierte Rahmenordnung vorgegeben wird, wird weiter ein globaler Wettbewerb gefördert, der sich auch künftig solche Produktionsorte sucht, bei denen möglichst wenige und geringe Sozial- und Umweltstandards zu beachten sind. In den 1950er Jahren wurde z.B. die Textilproduktion von Nordeuropa zunehmend Richtung Südeuropa verlagert. Später wurden mittel- und südamerikanische Staaten bevorzugt. Noch günstigere Rahmenbedingungen in Südostasien beförderten anschließend eine Produktion in China, Indien, Vietnam, Indonesien, Kambodscha und Bangladesch. Aufgrund der dort zwischenzeitlich gestiegenen Lohn- bzw. Produktionskosten machen sich Unternehmen auf die Suche nach noch billigeren Produktionsstandorten. Schon stehen Myanmar, Äthiopien und Kenia bereit und bieten noch kostengünstigere Rahmenbedingungen. Damit werden selbst geringe Fortschritte beim Mindestlohn oder bei Sicherheitsbestimmungen (z.B. Feuerchutz in Bangladesch) konterkariert.

Die fortschreitende Verlagerung in finanziell immer günstigere Staaten bzw. Produktionsstätten muss als unternehmerische Unverantwortung oder als organisierte Verantwortungslosigkeit bezeichnet werden. Die Politik, die solche Zustände trotz zahlreicher Berichte nicht verhindert und ihrem Auftrag zur Gestaltung einer menschenrechtsbasierten Rahmenordnung nicht nachkommt, trägt bei zu einer massenweisen Verletzung international anerkannter Standards. Bundesminister Dr. Gerd Müller ist zuzustimmen, wenn er faire Rahmenbedingungen für einen globalen Markt fordert: „Dazu brauchen wir weltweit verbindliche ökologische und soziale Mindeststandards in den Produktionsketten. Verantwortung zeigen wir erst dann, wenn auch die Näherin in Bangladesch, der Kakaobauer und seine Familie in Westafrika oder die Baumwollproduzenten in Indien einen Lohn bekommen, von dem sie leben können und ihre Kinder zur Schule schicken

---

<sup>1</sup> Zitiert nach *Caspar Dohmen*, Am seidenen Faden = SZ vom 31. Januar 2015, S. 32.

können.“<sup>2</sup> Und weiter sagt er: „Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Tod durch Chemikalien, das muss aufhören. Das ist nicht verhandelbar.“<sup>3</sup> Minister Müller scheint jedoch ein einsamer Rufer zu sein – wo bleibt die Unterstützung der Bundeskanzlerin und wo bleibt der Ruf seiner bayerischen Parteifreunde nach weltweit verbindlichen Sozial- und Umweltstandards?

Die vorliegende Publikation möchte einen Beitrag leisten zur stärkeren Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards. Dabei wird die Bandbreite der aktuellen Diskussion vorgestellt – von guten Beispielen aus der (Unternehmens-)Praxis über Hintergrundinformationen bis hin zur Beschreibung eines Beschwerdemechanismus. Von Seiten der Nichtregierungsorganisationen wird der Blick immer wieder auf die Verantwortung in der globalen Lieferkette gerichtet, werden kritische Fragen zur aktuellen Situation gestellt bzw. Forderungen an Unternehmen erhoben.

Die Diskussion um verbindlichere Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen wird auch als ein Beitrag zur Formulierung von „Sustainable Development Goals“ verstanden. Insbesondere vor dem Hintergrund der ernüchternden Ergebnisse der letzten UN-Klimakonferenzen ist klar, dass der notwendige Wandel hin zu einer global nachhaltigen Entwicklung nicht allein als Aufgabe der Politik verstanden werden kann, sondern ebenso Aufgabe von Zivilgesellschaft und Wirtschaft ist. Dabei gilt es u.a. einen Bewusstseinswandel hin zu mehr Langfristigkeit voranzutreiben. Produkte sind verstärkt nach Sozial- und Umweltkriterien zu durchleuchten – von der Rohstoffgewinnung über Produktion bis hin zu Konsum und Entsorgung. Preise müssen künftig die tatsächlichen Kosten widerspiegeln. Klimagerechtigkeit und universale Rechtsgrundsätze wie die Menschenrechte sind unverzichtbare Grundlagen für eine gerechte und nachhaltige Zukunft. „Wir können nicht auf Kosten anderer billig konsumieren. Wir brauchen ein neues Denken und ein neues Handeln, und zwar vom Staat, von der Privatwirtschaft und von jedem Einzelnen.“<sup>4</sup>

Bei der weiteren Arbeit des „Runden Tisches Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ stehen insbesondere auch Fragen zur Entlohnung in der Lieferkette (Stichwort „living wages“, d.h über den Mindest-

---

<sup>2</sup> Bundesminister Dr. Gerd Müller, Rede im Deutschen Bundestag am 9. Oktober 2014 = Bulletin der Bundesregierung Nr. 109-3 vom 9.10.2014.

<sup>3</sup> Gerd Müller, Auf Kante genäht = SZ vom 17.10.2014, S. 2.

<sup>4</sup> Bundesminister Dr. Gerd Müller, Rede beim Wirtschaftspolitischen Frühstück der IHK Berlin am 9. September 2014.

lohn hinausgehende, existenzsichernde Löhne) sowie zur Einklagbarkeit internationaler Rechte im Fokus. Wie kann es z.B. sein, dass in den abgebrannten oder zusammengestürzten Fabriken in Bangladesch auch für deutsche Unternehmen produziert wurde – diese sich bisher aber nur unzureichend an der Entschädigung für Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligen?<sup>5</sup> Wie kann es sein, dass immer noch kein effektiver Rechtsschutz für die Betroffenen von Unternehmensunrecht existiert?<sup>6</sup> Wie kann es sein, dass Deutschland immer noch keinen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte hat?

Was muss (noch) geschehen, damit Politik und Unternehmen endlich Verantwortung in diesen Bereichen übernehmen?

*Um einen Lebensstil vertreten zu können,  
der die anderen ausschließt,  
oder um sich für dieses egoistische Ideal begeistern zu können,  
hat sich eine Globalisierung der Gleichgültigkeit entwickelt.  
Fast ohne es zu merken, werden wir unfähig,  
Mitleid zu empfinden gegenüber dem schmerzvollen Aufschrei  
der anderen,  
wir weinen nicht mehr angesichts des Dramas der anderen,  
noch sind wir daran interessiert, uns um sie zu kümmern,  
als sei all das eine uns fern liegende Verantwortung, die uns nichts angeht.<sup>7</sup>*

Alexander Fonari, Vivien Führ & Norbert Stamm

Augsburg und München im Februar 2015

---

<sup>5</sup> Siehe hierzu u.a. die Aktivitäten des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) gegen den zu Tengelmann gehörenden Textildiscounter KIK bzgl. Produktion in Pakistan: <http://www.ecchr.de/arbeitsbedingungen-in-suedasien.html>

<sup>6</sup> Vgl. Miriam Saage-Maaß, Unternehmen zur Verantwortung ziehen, hg. Vom European Center for Constitutional and Human Rights, 2014.

<sup>7</sup> Papst Franziskus, Apostolisches Schreiben „Evangelii Gaudium“, 2013, 54.